

2 Populismus-Typologien im Zeitalter von Globalisierung und Postdemokratisierung

2.1 Terminologie und Gruppenbezeichnungen

Obwohl es Deutschland zurzeit erstaunlich gut geht, häufen sich die pessimistischen Unkenrufe. Der St. Galler Philosoph Dieter Thomä (2017: 35 f.) treibt die Kritik auf die Spitze: »Jetzt reicht's. Die Lage ist schlecht. Diejenigen, die das Sagen haben, versagen. Widerstand ist nicht zwecklos. Eine Abrechnung mit unserer kaputten Gegenwart«. Nur der kleine Satz: »Widerstand ist nicht zwecklos« deutet Möglichkeiten an. Sie werden aber gleich wieder relativiert: »Es gibt eine große Zerstreuung des Widerstands. ... Der politische Protest ist ortlos, wahllos, ratlos«. Meine Gegenthese: es gibt Möglichkeiten eines unorthodoxen Populismus, der mit neuen Methoden in Politik, Verbänden und Medien Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und durchaus die von Thomä vermissten »Orte, Wahlmöglichkeiten und Ratschläge« zustande bringt. Auch andere Autoren wie Nassehi (2017: 42) bemängelten den wenig empirischen Ansatz bei Thomä.

Die politische Debatte wird zurzeit in einer Art Krisenfeber geführt. Die Krisentheorien wurden durch unerwartete Folgen der Globalisierung herausgefordert. Die Post-Be-

griffe breiteten sich aus. *Postdemokratie* ist nicht ohne die Theorie der *Postmodernisierung* zu denken, die Ronald Inglehart (1997: 338) als Begriff schon früh in die Debatte einführte. Postmodernisierung war für ihn eine Überlebensstrategie, welche von der Maximierung des ökonomischen Wachstums zur Maximierung der Überlebensstrategien strebt, und Überleben und »*well-being*« durch Wandel von Lebensstilen ersetzt. Ein neuer Terminus macht als Folge der Globalisierung die Runde: »Postdemokratie«, seit Colin Crouch (2003, 2008) ihn in die Welt setzte. Populismus erscheint so als eine Folge der Entwicklung zur Postdemokratie. Sie wurde identifiziert mit:

- der Erosion der Parteien,
- der Medialisierung der Politik,
- dem Aufstieg der Experten auf Kosten der Partei-Eliten.

»Postdemokratie« fiel jedoch rasch hinter die Postmodernisierung zurück, weil diese Phase der Entwicklung durch die Kombination von Wirtschaftsmaximierung und neoliberaler Ideologie mit zunehmendem Protestverhalten neuer Kräfte gekennzeichnet war, und damit realistischer schien als die großen Hoffnungen von Inglehart. Die Überwindung der angeblichen Erstarrung der repräsentativen Demokratie wurde nicht selten im Populismus gesehen. Die Debatte um die Suche nach einer neuen *Leitkultur* bei Bassam Tibi (2000: 183) sollte die *Wertebeliebigkeit des »Multikulturalismus«* durch einen kulturpluralistischen Inhalt überwinden. Die pointierte Suche nach einer »*deutschen Leitkultur*« wurde jedoch rasch zu einer »Steilvorlage für die extreme Rechte« (Hentges 2002: 95 ff.).

Vielversprechender als die Suche nach einem Gesamtkonzept schienen lose Generalisierungen von faktischen Bewegungen in der Gesellschaft, wie im Populismus. Der Ausdruck

»Populismus« wird auch in der politischen Auseinandersetzung inflationiert, wie es einst dem »Korporatismus« – dem Erzfeind des Populismus – erging, und zur Zeit der »Globalisierung« oder der »governance« widerfährt. Handlich wurde das Populismus-Etikett als man Seehofer vorwarf, dass er »Popularität« mit »Populismus« verwechsle. In der Politik wird der Populismus-Vorwurf gern für eine angeblich unrealistische und unbezahlbare Politik aus Wahlkampf-Opportunismus eingesetzt. Als postmoderne Demokratien begannen, die Sozialausgaben zu kürzen, wurden auch linke Gruppen zu Verteidigern des Status-quo und als Populisten bezeichnet, mit einem Terminus der bis dahin überwiegend in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt worden ist. Wenn nationale Regierungen Misserfolge der Politik damit entschuldigen, dass sie auf die Restriktionen hinweisen, die ihnen die Europäische Union auferlegt, werden die Gegner der unpopulären Maßnahmen wegen ihrer »populistischen Unverantwortlichkeit« getadelt. Damit ist ein Element des Populismus erhellt: Populisten rebellieren gegen die angeblichen Sachzwänge. Im Gegensatz zu Revolutionären tun sie das jedoch weitgehend innerhalb der Spielregeln des Systems.

Populisten – soweit sie sich überhaupt für Theorien interessieren – versuchen von der normativen Wende in der politischen Theorie der Postmoderne zu profitieren:

- *Negative Konnotationen* enthält der Begriff »Post-Demokratie« (Colin Crouch),
- *positive Konnotationen* werden durch Termini wie »*deliberative Demokratie*« (Habermas) oder »*dialogische Demokratie*« (Giddens) transportiert.
- Mein Vorschlag (v. Beyme 2013), den Begriff Postdemokratie durch einen positiver gestimmten Begriff wie »*Neodemokratie*« zu ersetzen, bekommt Auftrieb durch die Populismus-Debatte. Während Postdemokratie den Nie-

dergang der Demokratie suggeriert und der Rechtspopulismus nur in seinen negativen Wirkungen analysiert worden ist, wird mit dem Begriff »Neodemokratie« angedeutet, dass die Demokratie durch neuere Veränderungen nicht untergeht und dass der Populismus *neue unkonventionelle und spontane Formen von Partizipation entwickelt, die verhindern, dass Rechtspopulismus in Rechtsextremismus umschlägt*. Unhaltbar scheint mir jedenfalls Daniel-Pascal Zorns (2017: 98) These: »Populistisches Denken drängt stets zum Totalitären«.

Postdemokratisierung wurde durch zahlreiche Theoretiker von dem radikaldemokratischen Schüler von Althusser, Jacques Rancière, über Colin Crouch bis zu dem sich auf Tocquevilles »demokratischen Despotismus« berufenden Sheldon Wolin (2008) als neue Etappe dargestellt. Hinter der Fassade formeller Demokratie und im Namen einer neoliberalen Theorie wird die Selbstregierung des Volkes daher zunehmend durch Eliten-Kontrolle ersetzt. In der Postdemokratie erhalten die Eliten zunehmend weniger »deference« und Respekt. Die Geheimnisse der »politischen Klasse« werden nicht mehr von der Zurückhaltung der Medien respektiert, obwohl virtuell alle formalen Komponenten der repräsentativen Demokratie überlebten. Ritzi (2014: 2 ff., 271 f., 274) versuchte mit einer Würdigung der wichtigsten Postdemokratie-Theoretiker die verbreitete Skepsis gegen den Begriff Postdemokratie zu wirken. Die Elemente der Postdemokratie-Theorie sind durchaus korrekt dargestellt. Dieser Autor (v. Beyme 2013, 274 f.) hat jedoch mit dem Begriff »Neodemokratie« eine Parallele zur Kunstgeschichte bemüht. In der Kunst lebte jeder »Post-Begriff« nach einer Weile in einem »Neo-Begriff« wieder auf, vom Neo-Impressionismus bis zum Neo-Surrealismus. Ich habe Zweifel an der Nützlichkeit des negativ bestimmten Terminus »Postdemokratie« weiter gepflegt, wohl

ahnend, dass der positiver klingende Gegenbegriff »*Neodemokratie*« vielleicht auch nicht langlebig sein wird. Es kommt also in erster Linie darauf an, die Begriffe mit klaren Inhalten und Entwicklungsvermutungen anzureichern. Ein Pionier der Populismus-Forschung wie Jan-Werner Müller (2016: 18, 16), der durchaus differenziert die Anreize des Populismus für neuere Demokratien zu würdigen weiß, kam letztlich zu dem Urteil, Populismus sei der Tendenz nach immer antidemokratisch, obwohl er häufig als radikaldemokratisch erscheint. Wäre das richtig, müsste man mit dem Etikett »rechtspopulistisch« vorsichtig umgehen. Jedenfalls sollte man dann nicht auch noch den »*Thatcherism*« wegen der Einebnung der Differenz zwischen Volk und Regierung schon als faschistoide Versuchung brandmarken (vgl. Weiss 2017: 242).

Der Aufstieg des westeuropäischen Rechtspopulismus ist für das Ende der 1980er Jahre angenommen worden, obwohl Ghița Ionescu und Ernest Gellner (1969) bereits Ende der 60er Jahre über Populismus als ein »Gespenst« publizierten. Populismus wurde auf die *Pluralisierung von Sinnsystemen, Individualisierung und »Enttraditionalisierung«* zurückgeführt. Traditionellen Gruppenloyalitäten von der Familie, der lokalen Gemeinschaft oder der Nation werden zunehmend in Frage gestellt. Der Populismus stößt nicht nur in eine ideologische, sondern auch in eine »*ästhetisch-kulturelle Repäsentations-leerstelle*« hinein, seit das Führungspersonal der Volksparteien den Lebensstil urbaner Mittelschichten pflegt (Manow 2017). Während in den USA die Schwäche der Linksliberalen, die nur noch liberal aber nicht mehr links sind, den Aufstieg des Rechtspopulismus erklärt, ist es in Deutschland die Sozialdemokratie, die angeblich ihre Klientel vergaß und für die Welle des Rechtspopulismus mitverantwortlich erscheint (Kaube 2017: 22). Der Populismus profitierte von dem Niedergang des Ansehens der Regierungen, Parteien und Berufspolitiker. Rechtspopulistische Politik ist vor allem *Identitäts-*

politik. Die Programmatik der Populisten besteht in der Regel nicht auf in sich stimmigen ideologischen Entwürfen, sondern in kulturalistischen Differenzkonstruktionen (Geden 2006: 209 ff., 219). »Das Volk« erscheint in der rechtspopulistischen Definition als überwiegend tugendhaft und hat einen gesunden Menschenverstand, im Gegensatz zu den Eliten, meist als »politische Klasse« diskriminiert. Mit dieser Einschätzung kommen Rechtspopulisten jedoch in Schwierigkeiten, wenn sie in Koalitionsregierungen eintreten (Hartleb 2004: 74 ff., 122, 131; 2014: 222).

Auch sonst sind Rechtspopulisten nicht immer konsequent: die *Staatskritik* im Vergleich zur *Gemeinschaftsverherrlichung* verhindert nicht, dass in einigen Bereichen, wie bei der Bekämpfung der Kriminalität und bei Verhinderung von illegaler Einwanderung, »der Staat« zu starken Eingriffen in die Gesellschaft animiert wird. Antiinstitutionell optieren viele Rechtspopulisten vor allem gegen die Europäische Union. Das hindert einige nicht, gelegentlich die »Festung Europa« zu beschwören, um den Kontinent gegen fremde Einwandererströme zu schützen. Liberale Abneigungen gegen zu viel Staatsinterventionismus schließt nicht die gelegentliche Forderung nach Wirtschaftsförderung für das eigene Land aus.

Der Populismus wurde erst im neuen Jahrtausend zum wichtigen Modethema und zunehmend zum Kampfbegriff in der politischen Arena. Der Rechtsextremismus wurde vor allem seit dem Aufstieg der AfD wieder häufiger auch in Deutschland behandelt – das Land, das nach dem Urteil von Mudde (2007: 303) die meisten Arbeiten zum Rechtsextremismus produziert hat – man beachte etwa die umfassende Bibliographie bei Fabian Virchow (u. a. 2016: 22–41). Die beiden Begriffe Populismus und Rechtsextremismus wurden vielfach entweder identifiziert oder völlig getrennt behandelt. Die Fülle der angewandten Begriffe, von »extreme Rechte« bis »reaktionärer Tribalismus«, wie sie Mudde (2007: 11 f.) auflistete,

haben meist nur einzelne Aspekte des Rechtspopulismus einbezogen. Das terminologische Chaos wurde weniger auf Meinungsverschiedenheiten der Autoren als auf Mangel an klaren Definitionen zurückgeführt. Ein Teil der Differenzen muss mit dem historischen Wandel erklärt werden. Die Begriffe entwickelten sich mit den Änderungen der politischen Systeme. Vor allem in letzter Zeit hat der Systemwandel in der demokratischen Welt nach dem Ende des bipolaren Systems der Zeit des Kalten Krieges zahlreiche neue Gruppierungen hochgespült, die nicht nur gesellschaftliche Sekten blieben. Die Begriffe mussten in die Landschaft der größeren Abgrenzungen in Parteiensystemen eingeordnet werden. Die Mehrheit der Populismus-Forscher akzeptiert den *Rechtspopulismus* als Größe, die sich vom *Konservatismus* und vom *Rechtsextremismus* unterscheidet (Stöss 2013: 564 ff.).

Rechtsextremismus wurde zu einem etablierten Oberbegriff, seit auch der Verfassungsschutz ihn 1974/75 in Deutschland übernahm. Ein *Linksextremismus* wurde in älteren symmetrischen Perzeptionen von Parteiensystemen unterstellt. Erst in neuerer Zeit glaubt die Mehrheit der Forscher nicht mehr an die Vergleichbarkeit von links und rechts. Norberto Bobbio (1994) hat die Unvergleichbarkeit daraus abgeleitet, dass die Linke für die Gleichheit der Menschen eintritt, die Rechte hingegen Ungleichheit unterstellt. Das Ende des Kalten Krieges und der Untergang der Sowjetunion schienen den *Linkspopulismus* in Europa zu schwächen. Vielfach rückte er näher in die Mitte, um koalitionsfähig zu werden. Aber in einigen Ländern ist der Linkspopulismus organisatorisch und ideologisch weit konsistenter ausgerichtet als der Rechtspopulismus, der Thema dieses Essays ist (Chrysosgelos 2011: 36).

Der Rechtspopulismus als popularisierte Begriffsvariante ist analytisch wenig entwickelt, weil vielfach agitatorisches Verhalten und Methoden der Lancierung in den Medien und

der Agitation in der Gesellschaft damit bezeichnet werden. Gelegentlich wurde die Neigung zur Gewalt auch für rechts-populistisch gehalten. Mit der populistischen Durchsetzung des Parteiensystems lässt sich allerdings allenfalls eine *Neigung zur strukturellen Gewalt* verallgemeinern (Salzborn 2015: 18). Rechtspopulistische und rechtsextremistische Einstellungen liegen nach einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung (Zick u. a. 2016: 140) nicht immer sehr weit auseinander. Erstaunlich wirkt der Umstand, dass Rechtspopulisten in der Abwertung von Wohnungslosen und Langzeitarbeitslosen angeblich sogar negativer eingestellt sind als die Rechtsextremisten. Bei der Gewaltbereitschaft war der Rückstand der Rechtspopulisten mit 37 % gegenüber 44 % bei den Extremisten auch nicht beeindruckend hoch.

Der Populismus wurde begrifflich schon im 19. Jahrhundert erwähnt, aber er spielte keine große Rolle in der allgemeinen Diskussion. Nach der Niederlage von 1945 wurde selbst der *Konservatismus* relativ wenig beachtet. Durch den McCarthyismus geriet er in die wissenschaftliche Diskussion, etwa bei Seymour Martin Lipset. Im älteren amerikanischen Populismus wurde ein sogenannter »*Producerism*« festgestellt, der die arbeitende Bevölkerung und unproduktive Gruppen, wie Langzeitarbeitslose und Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, gegenüberstellt (Virchow u. a. 2016: 11).

Mitte der 1970er Jahre wurde die »*Neue Rechte*« zu einem wichtigen Diskussionsthema. Sie wurde gelegentlich als Ableger der *Nouvelle Droite* in Frankreich wahrgenommen, die sich aufgrund einer Entfremdung der extremen Rechten vom *Gaullismus* herausbildete. Alain de Benoist (1985; 1986; 2014), der Kopf der »*Nouvelle Droite*«, wurde mit Armin Mohler (1950, 1989; 1958; 1974; 1993) in Deutschland zu einer wichtigen intellektuellen Verbindung der beiden Bewegungen. Zeitschriften wie »*Criticón*«, seit 1970 fast 30 Jahre von Caspar

von Schrenck-Notzing herausgegeben und von bemerkenswerter Breite, die »*Junge Freiheit*« oder »*Nation und Europa*« wurden zu herausragenden Diskussionsforen der Rechten in Deutschland. Diese Diskussion hat zur Rekonstruktion eines diskriminiert erscheinenden Konservatismus in Deutschland beigetragen (Knöbl 2017: 6; Langebach/Raabe 2016: 566 ff.). Mohlers Lieblingsbegriff »*Konservative Revolution*« – gleichsam als vorwärts- statt rückwärtsgewandte Idee des Konservatismus, wie bei Moeller van den Bruck gedeutet – wurde von vielen Kommentatoren als Widerspruch in sich, als Mythos und Fiktion abgelehnt. Immerhin wurden extreme neue Rechte nicht mehr wie in der Weimarer Zeit pauschal als diktatorisch und antidemokratisch angesehen (Traughber 1998: 19). Es kam jedoch im Stil der Weimarer Republik gelegentlich zu anti-europäischen Sätzen wie bei den Republikanern, dass der *Maastricht-Vertrag* ein »*Versailles ohne Waffen*« darstelle. Die EU wurde vor allem von der »British National Party« (BNP) und der »*Vlaams Belang*« (VB) als Ermütigung »pseudo-humanistischer Kräfte« eingestuft, in der unkontrollierte Einwanderung, Islamisierung und Schwächung durch Globalisierung in Europa erlaubt wurde. Die Verbrechensraten wurden mit der Immigration zusammen gebracht, vor allem bei der Schweizerischen SVP (zit. Vajvodová 2013: 378).

Selbst ein Bericht des Verfassungsschutzes (1994: 157) stufte die Neue Rechte als eine »*Intellektualisierung* des Rechts-extremismus« ein. Die Ideologie wurde jedoch als »thin-centered« eingeordnet (Mudde 2004: 544). Die Wochenzeitung »*Junge Freiheit*« reichte beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf Klage auf Unterlassung von verfassungsfeindlichen Unterstellungen ein. Die Klage wurde jedoch abgewiesen (Stahl 2003: 24). Einige Autoren, wie Backes und Jesse (1989: 136), ordneten die »Neue Rechte« hingegen klarer als »verfassungsfeindlich« ein. Backes, Jesse und Pfahl-Traughber (der zehn Jahre für das Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet hat-

te, ehe er Professor wurde) hat man vorgeworfen, eine an den Bedürfnissen der staatlichen Sicherheitsbehörden orientierte Konzeption des Rechtspopulismus entwickelt zu haben (Büttner 2015: 20). Auch wenn das vermutlich eine Übertreibung linker Kritiker ist, zeigen diese Autoren eine dem Rechtspopulismus wenig gewogene Haltung.

Die »*Neue Rechte*« kam im 3. Jahrtausend als Diskussionsgegenstand aus der Mode. »Rechtspopulismus« hat sie als Zentralbegriff ersetzt. Populismus war lange günstigstenfalls als »normale Pathologie« eingestuft worden. Zunehmend mehrten sich jedoch die Stimmen, zu denen auch dieser Verfasser gehört, dass Demokratie einen Schuss von Populismus im Sinne von Volksnähe braucht. Eine Ablehnung jedes populistischen Elements wäre mit der allmählichen Abschaffung der Demokratie gleichzusetzen. Demokratietheoretisch wurden die Annäherungen an die Abnehmer des Populismus diskutabel, bei unaufgeklärten, unzufriedenen und marginalisierten Demokraten (Hartleb 2014: 54; Burmeister/Achatz 2012: 106–112). Es ist nicht gänzlich neu, *positive Züge am Populismus* zu entdecken. »Pegida« etwa ist in Deutschland als »Frischzellenkur der Demokratie« bezeichnet worden (Vorländer 2016: 146).

Das Verhältnis von Populismus und Rechtsextremismus ist relativ verschieden und muss stärker in die vergleichende Demokratie-Analyse eingezogen werden, vor allem hinsichtlich der Parteiensysteme. Meine These: in einer neo-demokratischen Phase gewinnen die Populisten positive Bedeutung und sind nicht das Gespenst, das manche wittern. Die populistischen Gruppen sind keineswegs eine negative Elite, sondern wie Umfragen zeigen, wurden viele Glaubenselemente der Populisten auch in den Meinungen der Durchschnittsbürger gefunden. Nicht nur diese versteckten Glaubenselemente werden von den Populisten artikuliert. Es werden gelegentlich auch Beiträge zu neuen Themen erbracht, welche

die traditionellen Parteien inspirieren, diese besser umzusetzen. Am wichtigsten erscheint mir: *Die meisten Rechtspopulisten helfen den radikalen Rechtsextremismus erfreulich einzugrenzen.* Populistische Gruppen werden darüber hinaus zum Teil in westlichen Demokratien erstaunlich rasch *koalitionsfähig* – sehr im Gegensatz zu den Rechtsextremisten (vgl. Kap. 3). Ein Grund dafür ist der Niedergang der traditionellen Parteien im Hinblick auf Mitglieder und Ideologien. Die Erosion dieser Parteien zersplittert das Parteiensystem – in Deutschland von einst drei auf heute sechs Parteien, mit denen man koalitionstheoretisch rechnen muss. Die mitgliederärmer werdenden »Systemparteien« nehmen zu ihrer Selbststärkung gelegentlich auch populistische Züge an. Auch wenn Populisten pauschal noch abgelehnt werden, müssen manche Züge und die Koalitionsmöglichkeit von den Systemparteien zunehmend berücksichtigt werden. So kommt es zu einer unsichtbaren Stabilisierung der Demokratie, die man als *Neo-Demokratie* bezeichnen kann, weil sie ganz neue Perspektiven der Politikgestaltung ermöglichen (v. Beyme 2013). Nur so kann die schleichende Erosion der Parlamente, der Verwaltung und einiger Verbände wie der Gewerkschaften aufgehalten werden.

Es wurde von Mudde (2007: 13 f., 20) vorgeschlagen, fünf Definitionsansätze beim Vergleich rechtspopulistischer Gruppen zu unterscheiden: 1) Familienähnlichkeit, 2) Max Webers Idealtyp-Modell, 3) Familien auf der Basis einer existierenden Partei als Prototyp, 4) der kleinste gemeinsame Nenner und 5) der größte gemeinsame Nenner. Dieser fünfte Ansatz hat beim Vergleich von drei Ländern wie Deutschland, Belgien und den Niederlanden trotz aller Differenzen erstaunliche Übereinstimmungen gezeitigt, unter anderem aufgrund einer angeblich gemeinsamen »*germanic culture*«, die in Belgien allenfalls für die flämische Hälfte gilt. Als drei ideologische Merkmale wurden der »Nativismus, der Autoritarismus

und der Populismus« gewürdigt. Der Populismus ist als ideologischer Faktor und nicht nur als politischer Stil betrachtet worden.

Die »rechte Trinität« von Themen wie »Korruption, Immigration und Sicherheit« in der Programmatik der Rechtspopulisten werden angesichts der Migrationsentwicklung vielfach im Volk geteilt (Mudde 2016: 10). Gemeinsamkeiten unter rechtspopulistischen Gruppen sind schwer zu verallgemeinern, weil sie alle keine feste Ideologie fördern, sondern sich aus Nationalismus, Neoliberalismus und sogar der Sozialdemokratie bedienen. Die mangelnde Ausführlichkeit der Programme ist sogar auf das Bewusstsein der Populisten zurückgeführt worden, dass die adaptierten Elemente aus anderen Ideologien sich häufig widersprechen. Mir scheint fraglich, ob die propagandistischen Populisten in ihrem wenig rationalen Denkansatz bei der Identitätsstiftung dies überhaupt erkennen.

Die bloße Einordnung des Populismus in die »Rechte« oder »extreme Rechte« ist historisch gesehen problematisch, weil »die Rechte« früher als Gegnerin der Moderne angesehen wurde, was heute nicht immer zutrifft. Mit der Mischung aus modernen und prämodernen Elementen in populistischen Ideologien wurde auch die Möglichkeit einer klaren Einordnung in ein *Rechts-Links-Schema* der Parteien vielfach schwierig. Rechtsextremistische und nationalpopulistische Parteien sind in ihren Differenzen zu unterscheiden. Erstere waren gegen das System, die Populisten hingegen nur gegen das Establishment. Rechtsextremisten sind anti-pluralistisch, das gilt für die Populisten nur partiell. Die Parteiform ist bei Rechtsextremisten klar autoritär, bei den Populisten wurde eine »Top-Down-Partei« mit Anti-Partei-Gefühlen und geringer innerparteilicher Demokratie unterstellt (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 10).

»Extremismus« hat zunehmend den Begriff »politischer

Radikalismus« ersetzt. Extremismus ist nach übereinstimmendem Urteil das politisch organisierte Agieren gegen die demokratische Verfassung (Jaschke 2006: 124). Vor allem der Verfassungsschutz hat seit dem Verbot der KPD den Begriff Extremismus gefördert, und damit die Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FdGO) gebrandmarkt. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 5, 85: 141) hat zur Verteidigung der demokratischen Grundordnung »Einschränkungen der politischen Betätigungsfreiheit der Gegner« für erforderlich gehalten. Diese Ansicht wurde in der politikwissenschaftlichen Forschung nicht überall akzeptiert, weil der Staat damit die Definitionsmacht über die politischen Bewegungen beanspruchte. Seit der Ausbreitung des Populismus, der die simple Unterstellung einer klaren Achse von rechts bis links in Frage gestellt hat, erscheint dieser »*Etatismus*« noch gefährlicher als in der Ära Adenauer, weil er die Entstehung neuer Demokratie-Konzeptionen behindern kann. Selbst der Verfassungsschutz hat das Wort »Radikalismus« entzaubert, und Formen zulässiger Radikalkritik respektiert. Eine einheitliche extremistische Ideologie ist nicht nachweisbar (Kailitz 2004: 16). In verschiedenen Ländern werden im Licht der eigenen Geschichte mehrere Gruppen unterschieden. In Frankreich etwa die »konterrevolutionären Nationalisten«, die »revolutionären Nationalisten«, die vielfach profaschistisch und anti-religiös auftraten und autoritäre Gruppen, die man gelegentlich »bonapartistisch« genannt hat.

Leichter schien die Abgrenzung beim Terminus »*Rechts-extremismus*«. Als gemeinsames Kriterium ließ sich feststellen: die Neigung der Rechtsextremisten, den Staat durch eine vage definierte »*Volksgemeinschaft*« zu definieren. Das Volk wird vereinfachend als homogen angesehen. Diese Bewegungen sind verbunden mit einem gewissen Antipluralismus, einer autoritären Konzeption der Gesellschaft und einer Neigung zum Denken in Alternativen wie schwarz und

weiß (Pfahl-Traughber 2006: 14 f.). In der neueren terminologischen Entwicklung wird diese »Gemeinschaft« nicht immer rassistisch, sondern häufig sogar als Pluralismus von Ethnien gedeutet. In Ländern mit mehreren Ethnien, wie Belgien, hat der »Vlaams Belang« politische Unabhängigkeit der Flamen befürwortet. Selbst da, wo es sich nicht um sprachliche Differenzen handelt, wie im Falle der Konfrontation zwischen Süd- und Norditalien, hat die »Lega Nord« ein weitgehend von den angeblichen »süditalienischen Schmarotzern« befreites Staatsgebilde verlangt. Als Gegenmodell zu ethnisch gemischten Ländern, deren Teile zu populistischer Überheblichkeit gelangten, erscheint Kanada. 2015 sagte Ministerpräsident Justin Trudeau: »Wir haben in Kanada keinen Identitätskern, keinen Mainstream ... nur gemeinsame Werte« (FAZ 30. 6. 2017: 3).

Etablierte Parteien benutzten den Terminus »Populismus« häufig als Schimpfwort. Dabei war man nicht immer konsequent: Gandhi und de Gaulle waren »gute Populisten« – Sinn Fein- und Basken-Führer galten als die normativ verwerflichen Populisten. Selbst Deutschland unter dem Nationalsozialismus wurde als »populistische Ordnung« eingeordnet, die keine Demokratie darstellte (Möllers 2009: 35). Kriterium für solche Klassifikationen war mit Recht die Nähe einer Bewegung zu terroristischer Gewalt. In Deutschland – dem Land, das die Möglichkeit eines demokratischen *Parteienverbots* erfand, das in anderen Ländern bis nach Russland gelegentlich nachgeahmt wurde – hat man anfangs sogar ein Verbot populistischer Bewegungen erwogen. Allerdings ist man selbst im Falle von klar rechtsextremistischen Parteien wie der NPD in diesem Punkte aufgrund von Fehlschlägen auch in Deutschland vorsichtig geworden.

Nicht immer folgerichtig ist die populistische *Kritik am offiziellen Parteiensystem*: Rechtspopulisten starten vielfach als Bürgerinitiativen und bevorzugen klingende Namen wie

»Liga« (Italien), »Front« (Frankreich) »Bewegung« (Polen, Ungarn) »Vereinigung« (Ukraine) oder »Bund«, und konstituieren sich mit wachsendem Erfolg gleichwohl als »Partei«. Sie genießen ihre staatlichen Privilegien, auch wenn sie bei den alten Namen bleiben. »Volkspartei« (Slowakei) bietet sich gelegentlich als terminologische Mischung an.

Der *Rechtspopulismus* erscheint vielfach der Mitte im Spektrum politischer Bewegungen näher als der Rechtsradikalismus. Die Grenzen zum *Konservatismus* sind nicht so eindeutig wie beim Rechtsextremismus. Der Rechtspopulismus vermeidet in der Regel anti-demokratische Bekenntnisse und spezialisiert sich auf einige Problemkreise wie Einwanderung und Opposition gegen die »politische Klasse« und die Europäische Union. Anhand der AfD wurde betont, dass die Bezeichnung Rechtspopulismus noch nicht entscheidet, ob es sich um eine demokratische oder schon um eine extremistische Partei handle.

Durch die neuere Entwicklung sind die politischen Theorien, welche den Parteithesen zugrunde liegen, stark verändert worden. Postmaterialistische Thesen wurden aufgegriffen und mit dem Niedergang der Sozialdemokratie als stärkste Kraft des Parteiensystems wurde der *Neo-Keynesianismus* vorübergehend vom *Neo-Liberalismus* abgelöst, mit Neigungen zur Nichtintervention des Staates und zur Eingrenzung der Sozialstaatlichkeit. Es ist daher kein Zufall, dass skandinavische Länder wie Dänemark und Norwegen in der Entwicklung neuer Rechtsparteien vorangingen. Liberale Parteien wie die österreichische FPÖ oder die Schweizer Volkspartei liefen zum Rechtspopulismus über. Um 2017 schien diese Entwicklung wieder rückläufig, obwohl es nicht zu einer Wirtschaftskrise gekommen war wie 2008/2009.

Meist gelten die Rechtspopulisten als *anti-liberal*. Aber näher als dem traditionellen Konservatismus scheinen einige Rechtspopulisten durch ihre Staatskritik dem *Neoliberalismus*

zu stehen, wenn sie vor allem für die Mittelklassen Steuererleichterungen fordern und für die Privatisierung von Staatsbetrieben eintreten. Insofern ist Cas Mudde (2016: 4) Einordnung als »antiliberal« ein bisschen einseitig. Wenig neo-liberal wirken jedoch Plädoyers für protektionistische Maßnahmen gegen die Exporte von Billiglohnländern. Der neoliberale Aspekt von Populisten wurde als Abrücken vom faschistoiden Antikapitalismus der NPD und der British National Party gewürdigt (Camus in: Bathke/Spindler 2006: 22 f.). Je näher Rechtspopulisten dem Rechtsradikalismus rückten, umso mehr sind sie – wie der »Front National« in Frankreich – für wirtschaftlichen Protektionismus anfällig geworden (Hartleb 2004: 138, 140 f.). Die wichtigste Trennungslinie zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bleibt das *Verhältnis zur Gewalt*. Wo immer Gewalt verherrlicht wird, haben auch tolerante Populismus-Theoretiker wie Cas Mudde (2016: 134), welche die ständige Suche nach Verbotsgründen gegen rechte Parteien in Deutschland skeptisch betrachteten, ein *Parteienverbot* akzeptiert.

Die Rechtspopulisten sind trotz einiger gewagter Prognosen nicht zu einer vorübergehenden Erscheinung geworden. Dies hat das Urteil der Sozialwissenschaften über den Rechtspopulismus verschärft. Die Entwicklung der Rechtspopulisten ist jedoch in den europäischen Ländern sehr verschieden verlaufen. Deutschland zeigte starke Resistenz gegen die Etablierung einer parlamentarischen Partei, nicht weil es so fortschrittlich war, sondern weil Institutionen wie die Fünf-Prozent-Klausel und der Föderalismus die Entstehung neuer Parteien generell behindern, nicht nur auf der rechten Seite des Parteienspektrums. In den von Gerhard Lehbruch einst als *Konkordanz-Demokratien* gewürdigten Systemen, wie der Schweiz, Österreich oder die Niederlande, schien sich ein anscheinend früheres immobiles Parteiensystem erstaunlich rasch zu wandeln. Angesichts der Verschiedenheit der An-

reize und Hindernisse für rechtspopulistische Parteien war es nicht verwunderlich, dass auf europäischer Ebene in der EU die Fraktion »Identität, Tradition, Souveränität« nur kurz etabliert werden konnte.

In der Frühzeit der Entstehung von Nachkriegspopulismus wurde dieser günstigstenfalls als »normale Pathologie« angesehen, wie bei Scheuch und Klingemann (1967: 12 f.). An dieser These wurde kritisiert, dass die Differenzen zwischen Rechts- und Linksextremismus nivelliert worden sind (Salzborn 2015: 94 ff.). Seit der Populismus sich so stark ausbreitete, hat ein gewiefter Autor wie Cas Mudde (2007: 296; 2016: 3) die These von der »normalen Pathologie« weitergeführt und sprach von »*pathologischer Normalität*«. Dieser Populismus wird als demokratisch aber *anti-liberal* eingestuft. Letzteres ist nur partiell richtig.

Nach einer anfänglich normativen Verdammung des Populismus mehren sich die Analytiker, die in jeder Demokratie einen Schuss Populismus im Sinne von Volksnähe für nötig halten (Hartleb, 2014: 54). Auch wenn der Autor dieses Essays in der Presse gelegentlich als »Populismus-Versteher« gebrandmarkt wurde, hält er diesen Ansatz für unerlässlich, schon weil er beiträgt, Entwicklungen in den Rechtsradikalismus zu mildern und die Zahl der Optionen für Koalitionen zu vergrößern. Die *Verhandlungsdemokratie* ist nicht der first choice der Populisten, aber sowie diese sich etabliert haben, müssen sie bereit sein, dieser Form von Demokratie etwas abzugewinnen, und nicht nur in der Verherrlichung von Plebisziten und Referenden zu verharren.

Gelegentlich haben Populisten das *Rätesystem* als Alternative zum parlamentarischen System gelobt. In Argentinien wurde der »*justicialismo*« von Perón als *dritter Weg* zwischen Kapitalismus und Sozialismus gepriesen. Das Rätesystem in seiner vor-sowjetischen Form war nicht diktatorisch, wurde es aber unter Perón. Sozialdemokraten und Labour-Politi-

ker haben gelegentlich auch vom »*Dritten Weg*« geträumt. Dabei spielten eine wichtige Rolle die Kritik an bestehenden politischen Alternativen und die Vision neuer Projekte, die von der Verhandlungsdemokratie nicht zu erreichen schien (Sturm 2010). Empirische Untersuchungen vor allem über die Schweiz zeigten aber, dass die Abstimmungsbeteiligung sehr gering war – oft nur bei 30 %. Die Vielzahl der Urnengänge fördert die Abstimmungsbereitschaft der Wähler nicht. Die Vorstellung eines Volkes erweist sich oft als Irrtum. Damit kann eine gut organisierte Minderheit, die von einem mächtigen Verband dirigiert wird, ihre Meinung einseitig durchsetzen. Puhle (2003: 26) hat schon früh Parallelen zwischen Rätebewegungen und Populisten entdeckt, die angeblich zu Vermischungen geführt hätten. Das gilt allenfalls in der Theorie. Ansonsten neigen populistische Parteien nur dazu, die Referenden als Gegengewicht gegen elitär-repräsentative Parlamentsentscheidungen auszuspielen. Selten kam es zu populistischen Visionen für eine Transformation der parlamentarischen in eine Räte-Demokratie.

2.2 Globalisierung, Immigration und Populismus

Am geringsten scheinen die bestehenden Differenzen in der Rechten beim Thema »*Immigration*« zu sein. Die etablierten Parteien, wie die SPD und die französische PS, waren sich hingegen inhaltlich in dieser Frage nicht immer einig. Häufig wurden konkrete Versuche der Integration auch auf Partei-Ebene von den lokalen Parteifunktionären bestimmt (Volkert 2017: 331). Das gilt partiell auch für die populistischen Parteien. Migration wird von den Rechtspopulisten nicht immer abgelehnt, aber es wird von den Einwanderern die Bereitschaft zur Assimilation an die deutsche Kultur erwartet. Die Förderung der Integration fiel hinter die gehegten Erwar-

tungen zurück, da viele Neuerungen des Zuwanderungsgesetzes Ausgrenzung statt Integration förderten, etwa durch Widerrufbarkeit von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen und die Erweiterung der Ermessensspielräume von Behörden (Reißland 2002: 42).

Lange schien in aufgeklärten Staaten Europas der *Globalismus* das einzig ernsthafte Integrationsziel. Die abstrakte Debatte um Gegensätze von Globalisierung und Nationalismus bekam durch die Flüchtlingskrise eine neue Dimension: *nicht Anerkennung des Individuums* auf der Basis von Menschenrechten ist das Ziel vieler Migranten, sondern die *Anerkennung von Gruppenrechten*, die verhindern, dass Flüchtlinge und Einwanderer ihre alte Identität gegen die des Gastlandes eintauschen müssen.

Populistische Ängste werden aus der *Globalisierungsbewegung* abgeleitet. Politikverdrossenheit ist bei den Wählern weit verbreitet. Assimilation von Einwanderern aus nichteuropäischen Kulturen wird bei Populisten und vielen organisatorisch nicht gebundenen Bürgern als unwahrscheinlich angesehen. Dennoch ist die faktische Bedeutung von Immigration (vgl. Tabelle) und die parteiliche Reaktion darauf in Europa höchst unterschiedlich. Es gibt auch extremistische Parteien, die nicht populistisch zu nennen sind. Die AfD wurde hingegen als populistisch, aber nicht extremistisch, sondern als demokratisch eingeordnet (Jesse/Panreck 2017: 75).

Der Prozentsatz der Bevölkerung, der im Ausland geboren wurde, ist bedeutsamer als die abstrakte Zahl der Einwanderer, die im Ausland geboren worden sind (vgl. Tabelle 2.1). Deutschland liegt mit 11,5 Millionen von im Ausland Geborenen an der Spitze der größeren europäischen Länder – und auch noch vor den USA. Aber kleinere Länder wie Belgien, Schweden und die Schweiz haben höhere Anteile von im Ausland Geborenen in ihrer Bevölkerung. Im Hinblick auf Integration und Förderung gelten Schweden und Deutschland als

Tabelle 2.1 Im Ausland geborene Anteile der Bevölkerung in Millionen und in Prozent der Bevölkerung

	Bevölkerungsanteile in Millionen	in Prozent
USA	44,3	13,5
Deutschland	11,5	14,2
Großbritannien	9,0	13,9
Frankreich	8,0	12,3
Kanada	7,3	20,3
Australien	6,7	28,0
Spanien	6,1	13,2
Italien	5,9	9,9
Schweiz	2,4	29,1
Niederlande	2,1	12,2
Belgien	1,9	16,6
Israel	1,8	22,5
Schweden	1,7	17,1

Quelle: OECD, FAZ 30. 6. 2017: 19

vorbildlich, auch wenn die Frage des Familiennachzugs noch nicht geklärt scheint. Deutschland hatte 2015/16 mit 1,1 Millionen neuen Asylbewerbern, die 1,44 % der Bevölkerung ausmachten, den höchsten Anteil, höher als die USA (434 700), die Türkei (211 400), oder Italien (205 400). Aber in Prozent der Bevölkerung lagen die Zahlen der neuen Asylbewerber in Schweden (1,83 %) und in Österreich (1,47 %) über dem deutschen Niveau. Diese Zahlen schienen die Interpretation zu erlauben, dass die Einwanderung abnimmt. Aber aufgrund von Verlagerungen der Routen ist dieses Urteil verfrüht, insbesondere als die Notlage in Afrika die Herkunftsländer der Migranten geändert hat. Sicher erscheint, dass die Einwanderung politisch sowohl Rechtspopulismus als auch Rechtsextremismus gefördert haben.

2.3 Anknüpfungen populistischer Ideologien an politische Theorien der Vergangenheit

Eine Vorform der Analyse extremistischer Ansätze wird bei Émile Durkheim gesehen, nach dem die moderne Industriegesellschaft mit ihrer Arbeitsteilung zur sozialen Desintegration führt. Von Talcott Parsons bis Ulrich Beck wurden diese Gedanken vielfach weiter entwickelt (Kailitz 2004: 196). In der Nachkriegszeit sind die Frühformen des Populismus häufig psychologisch-pathologisch behandelt worden, etwa in der Tradition von *Wilhelm Reichs* »Massenpsychologie des Faschismus« bis hin zu *Adornos* »Autoritäre Persönlichkeit« (1950). Diese Studien sind mit Recht als zu stark am Faschismus und Nationalsozialismus orientiert angesehen worden (Mudde 2016: 4).

Populisten haben dazu beigetragen, den Begriff »Krise« zu inflationieren. Rechtes Krisengerade gewann keine ernst zu nehmende theoretische Dimension. Aber der Linkspopu-

lismus konnte sich auf seriöse Theorien stützen, wie die Krisentypologie des frühen Habermas (1973: 67). Neben der ökonomischen Krise im wirtschaftlichen Subsystem der Gesellschaft analysierte dieser die *Rationalitätskrise* und die *Legitimationskrise* im politischen System. Im sozialkulturellen System trat eine *Motivationskrise* hinzu. Vor allem das administrative System produzierte für den frühen Habermas eine Rationalitätskrise, weil es nicht mehr die erforderlichen rationalen Entscheidungen hervorbrachte. Das legitimatorische System beschaffte nicht mehr das erforderliche Maß an generalisierbaren Motivationen und ließ somit eine Legitimationskrise entstehen. Auch Habermas (1981 I: 18) – der einst wegen Schwierigkeiten in der Frankfurter Schule bei dem Politikwissenschaftler Abendroth in Marburg habilitierte – nahm der Politikwissenschaft übel, dass sie Krisen und Legitimation immer nur von der subjektiven Seite durch Surveys studiere und keinen theoretischen Legitimationsbegriff akzeptiere. Selbst die Ökonomie – deren quantifizierende Trends ihm eigentlich noch weniger liegen musste – kam besser weg als die Politikwissenschaft, weil sie wenigstens einen Begriff von »Krisen« hatte. Die drei Prozesse, die nach Habermas (1981 II: 473) die Lebenswelt vom System-Überbau her bedrohten, waren die *Monetarisierung und Kommerzialisierung*. Die *Bürokratisierung und die Verrechtlichung* wurden später nicht mehr mit einem globalen Krisenbegriff angegangen. Die Zivilgesellschaft, die an möglichst wenig von diesen Prozessen untergraben sein sollte, war nach dem Spätwerk von Habermas (1992: 446) jedoch ständig bedroht.

Wissenschaftliche Studien wurden in der späteren Populismus-Debatte wichtig, vor allem die Arbeiten über den *Postmaterialismus*. Die Entstehung des Postmaterialismus lenkte ab von der älteren materialistisch-ökonomischen Deutung der gesellschaftlichen Entwicklungen, konnte aber einige Züge populistischen Denkens erklären helfen. Weit weniger theo-

retisch relevante Vorbilder wurden in der Orientierung an gewissen *Jugendbewegungen* gesehen, die ihre Wurzeln oft in der Zwischenkriegszeit hatten. Rechtsextremisten haben vielfach in Jugendkulturen Anschluss an die *Skinheads* und andere jugendliche Protestkulturen gesucht, obwohl nach polizeilichen Ermittlungen unter 10 % der *Hooligans* rechtsextremistische Betätigungen anstreben. *Naziskins* waren keine deutsche Erfindung und tauchten zuerst in Großbritannien auf. Staatliche Stellen taten sich schwer mit der Behandlung solcher Gruppen. Ein erstes Verbot einer Hooligan-Gruppe durch das Innenministerium in Sachsen-Anhalt wurde durch das Obergerverwaltungsgericht in Sachsen-Anhalt aufgehoben, weil die Gruppe »*Blue White Street Elite*« keine Vereinigung im Sinne des Vereinsgesetzes darstellte. In den USA erstarkte unter Präsident Trump die *Alt-Right-Bewegung*. Sie war in der Pop- und Konsumkultur verankert und vor allem auf Twitter groß vertreten. In dieser Bewegung sammelten sich rechte Trump-Anhänger, Islamhasser, Rassisten und sogar Neonazis. Dass der Präsident selbst dazu gehörte, wurde ihm bereits unterstellt (Oehmke 2017: 67).

Neu im 3. Jahrtausend schien, dass die *68er* nicht mehr nur einige Linke inspirierten, sondern auf der Rechten Anknüpfungspunkte an die *alte Linke* gewittert wurden, da auch »die Rechten« nicht mehr spießbürgerlich, sondern provokant und nicht nur eng nationalistisch auftrat. Götz Kubitschek (2007; 2016) ist einer jener rechten Populisten, die sich stark bei der APO inspiriert haben und das keineswegs verbergen. Kubitschek bekannte sich zur »*Neuen Rechten*«. Sein Weggefährte Dieter Stein hielt diesen Begriff hingegen für unbrauchbar. Kubitscheks Lebenslauf in den rechten Bewegungen war skurril. Die AfD lehnte seinen Aufnahmeantrag 2015 ab, was auf den damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke zurückgeführt wurde. Rechtsextremistische Attitüden inspirierten sich auch vielfach an ursprünglich gar nicht rechten

Subkulturen wie Skinheads und Hooligans. 2007 hatte er die »Konservativ-Subversive Aktion« gestartet, die gelegentlich Kongresse der Linken störte. Karin Priester (2015) nannte diese Aktionen »folgenlosen Tatendrang mit dem Charme eines studentischen Happenings«. Vereinsverbote seit Anfang der 1990er Jahre verstärkten die Dezentralisierung in der rechten Szene und schufen eine größere Distanz zu festen Organisationen. Revolutionäres Selbstbewusstsein, Gewaltbereitschaft und starke Mobilisierung prägten die neueren rechtsextremen Milieus (Schellenberg 2011). Die verunsicherten rechtsextremistischen Gruppen verbargen sich zum Teil in Organisationen wie dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) (Bundschuh 2012: 28 ff.).

Dass die Rechte trotz manchen Wandels unverändert geblieben sei, wie der bekannte Publizist Volker Weiß (2017: 10 f.) unterstellte, scheint mir im Hinblick auf den Populismus in seinen Varianten, welche der Autor kaum behandelte, schwerlich haltbar. Der Demokratie werden immer neue Stadien nachgesagt, in denen der Konservatismus wie der rechte Extremismus sich ebenfalls wandeln mussten. Auch Colin Crouch (2008: 13), der die Postdemokratie populär machte, gab zu, dass in der Postdemokratie keine Regeln frontal gegen die traditionelle Demokratie entwickelt worden seien. Die Institutionen haben sich als erstaunlich stabil erwiesen. Aber der rechte Populismus hat sich auf besondere Art in die Institutionen der Demokratie eingebracht. Die Forderung nach Volksabstimmungen sind aber nicht neu – und wurde von Grünen, den Sozialdemokraten und von regionalen Teilen der Christdemokraten erhoben und gelegentlich sogar ausprobiert.

»Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Populismus« lautet die Verballhornung eines wichtigen historischen Satzes (Hillebrand, 2015: 7). Der Populismus-Begriff wurde in den letzten Jahren stark strapaziert, aber ein Ge-

spenst bezeichnet er nicht. Er gilt laut Karin Priester (2007: 8 ff., 23 f., 41; 2012: 3) nicht als *Substanzbegriff*, sondern als *Relationsbegriff*, der nur in Abgrenzung zu gegnerischen Begriffen definiert werden kann. Zwei Aspekte dominierten:

- die *sozialpsychologische Ebene*, die latente Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Ethnozentrismus oder Anti-Semitismus untersuchte. Gelegentlich kamen paradoxe Resultate zu Tage, etwa dass die AfD sich neuerdings israel-freundlich gerierte und gleichwohl Parteimitglieder weiter gegen die Juden hetzten (Langer 2017).
- Der *Politikstil*, das Auftreten und die Rhetorik der Populisten.

Geert Wilders hat im Oktober 2010 in einer Rede in Deutschland den Kommunismus im Niedergang gesehen. Aber als funktionales Äquivalent tauchte der Islam auf. Mit der *Islam-Kritik* kam es zur *Wiederbelebung des alten Freund-Feind-Verhältnisses*. Der Kommunismus galt bei manchen Populisten als vergleichsweise kurzlebig, während die Konfrontation Europas mit dem Islam auf anderthalb Jahrtausende zurückblicken kann. »Freiheitlich, patriotisch, islamkritisch« wurde im Rechtspopulismus zur neuen Reihenfolge der Prinzipien. Populismus wird als Folge einer gesellschaftlichen Krise und der repräsentativen Demokratie dargestellt. Die Krise wird auf eine Verengung von Politik auf *technokratische Governance* zurückgeführt und entfremdet die zwei Pfeiler der Demokratie, den Rechtsstaat und die Volkssouveränität. Das Prinzip des Rechtsstaats ist voller Misstrauen gegen die Selbstgesetzgebung eines souveränen Volkswillens.

Populistische Bewegungen sind *agenda setter* und ein positives Korrektiv für verhärtete Strukturen. Es wurden gelegentlich auch Protestpopulismus und Identitätspopulismus unterschieden:

- *Protestpopulismus* erscheint als Ein-Thema-Bewegung wie z.B. Steuerstreik. Er tritt außerparlamentarisch durch direkte Aktion auf.
- *Der Identitätspopulismus* geriert sich hingegen mehrdimensional und parlamentarisch wie außerparlamentarisch (Priester 2012: 7).

Der internationale Populismus wurde manchmal zwischen Kommunikationsstil und Ideologie angesiedelt und es wurde bei einigen Spezialisten zwischen »Strategieschule« und »Ideologieschule« unterschieden (Hartleb 2014: 42). Eine feste Ideologie ließ sich nirgends nachweisen. »Ideologie ohne Weltanschauung« schien ideologische Formen mit variablen Inhalten zu aktivieren (Reinfeldt 2000: 3). Diese Eigenheit des Populismus führte leicht dazu, dass eine populistische Theorie zum Anhängsel einer anderen Ideologie wurde. Er wurde daher mit anderen Bewegungen wie Feminismus oder Ökologismus verglichen (Freedon 1996: 485). Solchen »dünnen Ideologien« wurde der Vorwurf gemacht, dass ihnen mangels eines politischen Projekts eine Zukunftsvision fehle, und dass sie rein wählerorientiert aufträten (Hartleb 2014: 44).

Die beiden Aspekte – *Politikstil* und *ideologische Theorie* – wurden mit Recht als nicht ausreichend erachtet. Die Revolte gegen den modernen Staat beinhaltet eine wenig ausgearbeitete Theorie, angesiedelt im Dreieck von Anarchismus, Liberalismus und Konservatismus. Sie gilt als »Volkswariante des konservativen Denkstils«. Das klassische populistische Leitmotiv war die »individuelle Selbstbestimmung«. Auffallend war eine hohe Vereinbarkeit mit unterschiedlichen politischen Ideologien. Die Linke hat jedoch allenfalls ein instrumentelles Verhältnis zum Populismus entwickelt. Der Vorwurf des Populismus gegen Gruppierungen »rechts« – wie neuerdings auch »links« im Parteienspektrum – ist weit verbreitet, und muss vielfach analytische Aufschlüsselungen der

Probleme ersetzen. Ganz abartig ist die Identifizierung von Konservatismus und Populismus, zumal Altkonservative vergleichsweise am wenigsten populistisch auftreten.

Die geringe ideologische Konsistenz lässt den Populismus-Begriff schwer auf rationale Elemente festlegen, die über Zeitepochen zu identifizieren sind. Einige Analytiker (Abromeit 2016: 237ff.) haben bei der Französischen Revolution angesetzt, und relativ rationale Theorien wie die des Abbé Sieyès und sein berühmtes Pamphlet »Was ist der Dritte Stand?« zu den Ursprüngen des Populismus gezählt. Proudhon wurde für einen *Populistischen Sozialisten* erklärt, der einer bürgerlichen ökonomischen Theorie verbunden blieb. Mit seinem Pessimismus über die menschliche Natur schien er den *konterrevolutionären Theoretikern* wie de Maistre und Bonald angeblich näher als den wahrhaften Sozialisten von Fourier bis Marx. Der Anti-Elitismus der Früh-Populisten konnte in der Kritik an der Aristokratie gesehen werden. Selbst wenn man viele historische Urteile über einzelne Theoretiker nicht akzeptiert, lässt sich zeigen, dass der Früh-Populismus den etablierten drei Hauptideologien wie Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus in unterschiedlicher Weise nahe stand. Was als revolutionäre bourgeoise Theorie entstand, wurde vielfach von den Sozialisten bis hin zu den späteren Faschisten partiell adaptiert.

Im 19. Jahrhundert wählten populistische Bewegungen wie die *russischen Narodniki* und die amerikanische *People's Party* vor allem die Landbevölkerung als Adressaten. In beiden Fällen fühlte sich der Populismus durchaus als demokratisch. Überspitzt haben einige Interpreten behauptet, die Narodniki hätten sich von den Bauern abgewandt und ihre revolutionären Hoffnungen auf Terrorismus gesetzt (Pfahl-Traugher 1994: 17, Taggart 2000: 46–53; Wolf 2017: 5). Diese Pauschalität des Urteils hält einer theoriegeschichtlichen Analyse nicht stand (v. Beyme 1995).

Der Populismus in *Lateinamerika* entstand erst im 20. Jahrhundert und war ziemlich erfolgreich, jedenfalls wenn man Juan Domingo Perón mit seiner Revolution von 1943 als Populisten einreicht. Typisch südamerikanisch war die Absetzung des Machthabers durch das Militär im Oktober 1945. Radikal-populistisch waren Rebellionen und Generalstreiks, wodurch das Militär zum Nachgeben gezwungen wurde. Perón konnte so im Februar 1946 als Präsidentschaftskandidat die Wahlen gewinnen. Seine Frau Evita hat ihn mit ihrer Volksnähe nach Kräften unterstützt. Reformen zugunsten der Armen, die Perón an sich band, konnten ihn lange an der Macht halten.

War der Populismus-Begriff bei seinem Aufkommen im 19. Jahrhundert in Amerika als »anarcho-konservative« Theorie für eine fortschrittliche Bewegung antikapitalistischer Farmer »progressiv«, so wurde er im 20. Jahrhundert nicht selten gegen konservative Politiker wie Margaret Thatcher polemisch eingesetzt. Aber auch Bewegungen, die sich progressiv gerierten, vom *Feminismus* bis zur *Umweltbewegung*, blieben von dieser Fremdbezeichnung nicht verschont. In dieser Gefahr standen alle Bewegungen, die stark dichotomisch argumentierten und ein Anliegen gegen den Rest der Welt einsetzten. Populismus wurde vielfach auch als »*rhetorischer Stil*« klassifiziert. Dies machte ihn freilich nicht ohne weiteres von anderen Parteien unterscheidbar, die einen ähnlichen Stil entwickelten, soweit sie charismatische Führer hatten. Populisten haben mit dieser Konzentration auf den Stil vielfach vermieden, unbeliebte Thesen zu verbreiten (Mudde 2008: 13).

Neuerdings wurde der Populismus mit dem *Postmodernismus* in Verbindung gebracht, mit dem ihn eine anti-hierarchische, antitotalitäre und angeblich sogar anti-autoritäre Haltung verbindet, obwohl der Begriff Populismus von Wolfgang Welsch (1987: 319 ff.), einem Pionier der Postmoderne-Theorie, nicht benutzt worden ist. Seine »*Pluralität als Grund-*

bild« des Postmodernismus ist auch nur zum Teil für die meisten populistischen Bewegungen zutreffend. Sie gilt sicher nicht für die, welche von einer einheitlichen Idee des Volkes ausgehen. Auch der *Protektionismus* in der Wirtschaftskonzeption, der vor allem im osteuropäischen Populismus dominiert, widerspricht dem positiven Bild des postmodernen Pluralismus bei Welsch. Je stärker man Populismus vor allem als Rechtspopulismus wahrnimmt, wird er mit einer nativistischen Körperpolitik, mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und oft fälschlicher Weise allzu pauschal mit Antisemitismus identifiziert. Rechtspopulismus ist vielfach eine Fremdbezeichnung. Nicht wenige Populisten betonen ihre Liberalität. Sie gilt dann als »konservativ«, nicht aber als »rechtsextremistisch« geprägt. Häufig ist der Einsatz für einen »*Regionalismus*« als ein pluralistisches Gegenbild zum *nationalistischen Rechtspopulismus*.

Vielfach wurde Populismus auch als polemischer Begriff eingesetzt, der zum inflationären Gebrauch des Begriffes beitrug. Demokratie wird gefordert, aber einseitig verwendet. Meist klammerte der populistische Demokratiebegriff die strikten politischen und rechtlichen Regeln im Rechtsstaat aus, der das Pendant zur modernen Demokratie darstellt. Deutschland als Land mit einer ausgeprägten Staatsmetaphysik in seiner Geschichte und den nachwirkenden obrigkeitsstaatlichen und protestantischen Traditionen, neigte anfangs weniger als andere Länder zu einem Rechtspopulismus (Priester 2007: 27). Zuspitzungen in politischen Äußerungen führten gelegentlich zu einer Annäherung selbst an Nazi-Thesen, etwa wenn Frauke Petry als Vorsitzende der AfD erklärte, man müsse den durch die Nazis diskreditierten Begriff »*völkisch*« wiederbeleben (Welt am Sonntag 11. 9. 2016), oder gar die Entgleisung des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte, man müsse nach dem Vorbild des Holocaust alle Drogenabhängigen des Landes umbringen. Die Vielfalt der

populistischen Varianten von traditionellen linken Forderungen bis zu Hitler-Bewunderern ist analytisch wenig brauchbar. Die Gefahr eines einheitlichen Begriffs wie Populismus droht in die Suche nach Generallösungen zu führen (Nabers/Stengel 2017: 5 f.). Eine Einschränkung wie bei Mudde (2007: 23) sieht Populismus dort, wo

- eine *Ideologie* zwischen dem »moralisch reinen Volk« und den »korrupten Eliten« unterscheidet,
- und der Anteil eigener Ideologie so gering ist, dass *Anleihen aus anderen politischen Konzeptionen* nötig werden, was zu Variationen zwischen Rechts- und Linkspopulismus führen kann.

Für Jan Werner Müller (2016: 3) hingegen ist der Populismus weder eine Ideologie, noch ein politischer Stil, sondern eine Form der *Identitätsvorstellung*.

Globalisierung gilt als eine der Wurzeln des Populismus, weil die kulturellen Gruppen sich in ihrer Existenz bedroht fühlen. Selbst der Demokratie-Begriff wurde regional begrenzt. Demokratie als Volkssouveränität kann es nach Meinung einiger Theoretiker (Halfwassen 2017: 12) nur geben, wenn eine Nation als Träger existiert. Universalstaaten gelten als unfähig zur Demokratie. Ein Weltstaat wäre deshalb nicht einmal wünschenswert und selbst ein *Europäischer Staat* wurde vielfach nur mit dem Begriff »Europa der Vaterländer« (de Gaulle) als denkbar akzeptiert.

In Zeiten der Globalisierung werden eindeutige Zugehörigkeiten und klare Grenzen unterstellt, mit Floskeln wie die »wahren Deutschen«. Müller wurde bei aller Bewunderung jedoch vorgeworfen (Stengel/Nabers 2017: 11) nur auf der Rechten und nicht in der Linken zu scharfen Einsortierungen zu kommen. Da Populismus meist rechts eingeordnet wird, ist dies nicht sehr verwunderlich. Die *populistischen Anteile*

an linken Bewegungen sind nach der Genesis der Bewegungen zwischen Rechts und Links zufälliger und weniger von den Kernelementen linker Ideologien ableitbar. Linke streben häufiger nach Inklusion als Rechte, die in ihren politischen Aussagen vor allem Unerwünschtes ausschließen. Linke Kritik ist mit der ideologischen Grundlage insofern noch verbunden, als vor allem über Neoliberalismus und zeitgenössische Formen des Kapitalismus gerichtet wird. Die griechische linksradikale Partei »Syriza« wettet gegen die EU und die neo-liberale Sparpolitik in Europa. Diese Partei ist aber nicht grundsätzlich gegen europäische Integration und befürwortet sogar eine Vertiefung der Europäischen Union (Stavrakakis/Katsambekis 2014). Dies wird als Beleg dafür gewertet, dass linke Kritik an der EU nicht in gleicher Weise eine Gefahr für Europa darstellt, wie einige Ansichten von Rechtspopulisten. Die rechten Populisten sind eher an Fragen nationaler Identität interessiert und zielen auf Exklusion ausländischer Einwanderer und Einschränkungen der eigenen Nation ab. In Amerika gab es im 19. Jahrhundert einen Populismus der schwarzen ausgebeuteten Minderheit, die um Gleichberechtigung kämpfte (Ali 2010: 3). In gewisser Weise stellte das einen »Gegenpopulismus« dar, gegen den Populismus zur Verklärung der weißen Rasse gerichtet. Inzwischen ist diese Verklärung gefragt, weil schon um 2000 die Hälfte der Amerikaner glaubte, dass Weiße im Land bereits die Minderheit darstellten. Bei exakterer Analyse erschreckt jedoch die Rassisten, das nicht-hispanische Weiße unter Zweidrittel der weißen Bevölkerung gesunken waren, während es 1960 noch 90 % waren (Quellen zit. Nabers/Stengel 2017: 19).

Populistische Gruppen sind nach ihrer Intensität zu unterteilen in *gemäßigte, radikale und extremistische Positionen* (Decker 2016). Nur diese Untergruppierungen erlauben ein Urteil über die Gefährlichkeit von populistischen Bewegungen. Zu den Entstehungsbedingungen der rechtspopulis-

tischen Parteien wurden höchst unterschiedliche Ursachenbündel herausgearbeitet.

1) Eine wichtige Variable basiert auf der *Nähe und Ferne der Parteien im nationalen System*. Gemäßigte Populisten können eine Anregung für die politische Debatte und für *Koalitionsbildungen* darstellen. Extremistische Populisten hingegen erscheinen gefährlich und ganz sicher nicht als koalitionsfähig mit den Parteien der Mitte. Gelegentlich wurde in der Literatur jedoch die Annäherung etablierter Parteien der Christdemokraten und Konservativen als Stärkung des Populismus hingestellt (Schäfer 2010). Dieses Szenario hat sich allenfalls kurze Zeit abgespielt, wie in Österreich 2000 bis 2002 oder in den Niederlanden 2010 bis 2012. Meist waren Erfolge der Rechtspopulisten auf Fehler der Sozialdemokraten zurückzuführen, die neue Gruppen suchten, und einen Teil ihrer Wählergruppen heimatlos zurückließen. In Dänemark, Schweden und Finnland sind die Sozialdemokraten von den Rechtspopulisten schwerer geschädigt worden als konservative oder christdemokratische Parteien. Nur in Norwegen ging der Erfolg der »Fortschrittspartei« hingegen meist zu Lasten der liberal-konservativen »Høyre«. In Belgien, den Niederlanden und in Österreich verloren Christ- und Sozialdemokraten im gleichen Umfang Stimmen an die Rechtspopulisten (Grabow/Hartleb 2013: 23, 26 f.). In den Niederlanden ist der Populismus von Geert Wilders' PVV für den Niedergang der Christlich-Demokratischen Partei des Landes verantwortlich gemacht worden. In Deutschland hingegen haben die Populisten die CDU/CSU nicht wirklich schwächen können. Im Mai 2017 ist die AfD in Nordrhein-Westfalen unter 10 % geblieben, während es der CDU gelang, die seit Jahrzehnten führende SPD von der Regierung abzulösen.

Es ließ sich auch kaum ein Zusammenhang herstellen zwischen dem Aufstieg der Rechtspopulisten und der Frage,

welche Partei in einem Land gerade regierte. In Deutschland wuchs die AfD bei einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, da war der Schuldige ohnehin nicht einfach auszumachen. Alle diese Einsichten legen den Schluss nahe, dass der Aufstieg der Rechtspopulisten mit der allgemeinen Lockerung von Bindungen der Parteianhänger von ihren Parteien zusammen hängt.

2) Bei *Policies*, welche die Parteien fördern wollten, spielten vor allem die *europäische Integration* und die *Regulierung der Immigration* eine herausragende Rolle in der Entwicklung der Rechtspopulisten. Die französischen Sozialisten waren offener für Einwanderung als die vorsichtiger SPD in Deutschland, die deshalb vermutlich weniger Stimmenverluste an die Rechtspopulisten zu beklagen hatte als das französische Pendant. Die CDU punktete durch eine Gegenkampagne gegen die rot-grüne Koalition mit ihren Vorstellungen eines liberalen Einbürgerungsrechts (Grabow/Hartleb 2013: 25 f.).

Neben der Immigrationsfrage ist die *Haltung zur EU* der Hauptsammelpunkt für Rechtspopulisten. Gelegentlich hat sich der Schwerpunkt von der Immigrationsfrage zur EU-Diskussion verschoben wie bei Wilders in den Niederlanden. Nicht alle Rechtspopulisten sind gegen die EU. Das gilt etwa für die »sanften Euroskeptiker«. Ein Teil der Populisten sieht Europa nur als zu bürokratisch an. Es wird vor allem die Aushöhlung der nationalen Souveränität beklagt.

3) Der *institutionelle Faktor* spielt eine verstärkende oder abschwächende Rolle in der Entwicklung des Rechtspopulismus. Das Verhältniswahlrecht macht es populistischen Parteien leichter sich zu entwickeln. Die Sperrklauseln sind unterschiedlich hoch in Europa: Niederlande bei 0,67 %, Dänemark 2 %, Österreich und Norwegen 4 %, Deutschland 5 %. In Belgien und in der Slowakei gilt die Fünf-Prozent-Hürde

nur auf Wahlkreisebene. Mehrheitswahlrecht scheint gut für die Abwehr von Rechtspopulisten. Ab einer gewissen Stärke scheinen jedoch Mehrheitswahlrechte wie in Großbritannien einen zusätzlichen Verstärkungseffekt auszulösen. Das zweistufige Ein-Personen-Mehrheitssystem in Frankreich hat hingegen sogar den Einzug der Populisten bei über 15 % der Stimmen ins Parlament verhindert. Erst 2012 gewann der »Front National« zwei Wahlkreise und konnte nun auch das Parlament für Verstärkungseffekte nutzen.

4) *Die Rolle der Medien* ist wichtig für den Aufstieg von Rechtspopulisten. Populisten haben meist ein enges Verhältnis zu den Medien. Nur wenige populistische Führer haben jedoch ein so enges Verhältnis wie es Berlusconi in Italien oder Perón in Argentinien entwickelten. Die Grenzen zum *politainment* sind fließend geworden. Es ist unverkennbar, dass die Medien den Populismus fördern, weil sie Politiker ermuntern, sich populistisch zu verhalten und damit ein parasitäres Verhältnis zur Demokratie aufzubauen. Die populistischen Führer pflegen sich gern als aus dem Volk hervorgegangen darzustellen. Das Internet ist eine wichtige Möglichkeit der Selbstdarstellung (Diehl 2012: 2 ff.). Sie ist nicht einheitlich wirksam. Es gibt günstige Medienlandschaften wie in der Schweiz, in Österreich und Italien. Der Aufstieg Jörg Haiders in der FPÖ wurde damit ermöglicht. Vor allem die »Kronenzeitung« berichtete vielfach positiv über die Lieblingsthemen der FPÖ.

5) *Die Rolle von charismatischen Führungspersönlichkeiten*, wie Jörg Haider, Pim Fortuyn, Geert Wilders, Marine Le Pen oder Christoph Blocher und die Kaczyńskis in Polen, wirkte entscheidend auf die Etablierung rechtspopulistischer Parteien.

In der populären Literatur wird Präsident Trump nicht selten als Populist bezeichnet, wenn man sich an Merkmale äußerer Selbstdarstellung hält. Er könnte inhaltlich jedoch

auch als Anti-Populist bezeichnet werden, da er progressive populistische Projekte in Richtung Emanzipation meist torpediert und einem Chauvinismus, Antipluralismus und Unilateralismus huldigt. Sein Antipluralismus wurde damit auch als anti-populistisch gebrandmarkt, weil er allein zu wissen glaubte, was das Volk wolle und sich das Recht anmaßte gegen abweichende Meinungen intolerant vorgehen zu dürfen (Nabers/Stengel 2017: 17 ff., 22 f.). Trump sprengte alle Definitionen über politische Positionen: etwa in der Frauenfrage galt er als frauenfeindlich – obwohl seine Tochter ihn gar als Feministen bezeichnete – als er 2008 die Scharia verherrlichte, weil sie den Männern erlaube, sich ohne Zustimmung der Ehefrau scheiden zu lassen (New York Daily News 1.10.2016). In der Außenpolitik führte diese egozentrische Position zu der Behauptung, die USA seien systematisch abgezockt worden und die Umweltpolitik gegen einen Klimawandel sei ein »teurer Scherz«.

Die fünf Kriterien verschieben laufend ihre Gewichte, etwa durch wachsende Immigration und zunehmende Europa-Müdigkeit vieler Bürger. Wichtig wird auch die Gegenstrategie der am stärksten betroffenen konservativen und christdemokratischen Parteien. Vier Gegenmaßnahmen wurden festgestellt (Grabow-Hartleb 2013: 36):

- *Komplette Abgrenzung*, wie in der Schweiz, Polen, Dänemark seit 2011, Schweden, Litauen und der Slowakei.
- *Teilweise Annäherung*: UMF in Frankreich, Conservatives in Großbritannien.
- *Tolerierung von Regierungen der Mitte durch Rechtspopulisten*: CDA in den Niederlanden 2010–12, KF Dänemark bis 2011, CD&V Belgien 2007–2008.
- *Förmliche Koalition*: ÖVP Österreich 2000–2002, Høyre in Norwegen seit 2013.

Diese vier Haltungen blieben nicht permanent. Öfters revidierten konservative Parteien ihre Strategie wie die Christdemokraten in den Niederlanden. Solche Wechsel implizieren jedoch schwere Risiken. Alte Anhänger der Konservativen und Christdemokraten können sich bei zu starker Annäherung an die Populisten abgestoßen fühlen, wie es Sarkozy 2012 widerfuhr, als ein Mitglied seiner Gruppe in Einwanderungsfragen härter auftrat als Marine Le Pen. Die Christdemokraten identifizierten sich lange am stärksten mit der EU. Sie können sich daher schwerer gleichsam »anti-europäisch« in Bündnisse mit Rechtspopulisten einlassen. In einer graphischen Darstellung der Erfolgsbedingungen populistischer Parteien wurde die Frage nach einer relevanten rechtspopulistischen Partei nur für Deutschland verneint (Grabow/Hartleb 2013: 32) – hoffentlich etwas voreilig!

Es gibt in der Forschung auch die »amerikanisch-positiv gefärbte Variante« eines Populismus, der heterogene Teile der Bevölkerung zusammenführt und nach mehr Demokratie strebt (Grattan 2016: 10 f.). Ein führender Populismus-Forscher wie Cas Mudde (2016) sieht das Aufkommen populistischer Bewegungen als weniger gefährlich an, als die Übernahme vieler Forderungen dieser Gruppen durch die etablierten Parteien. Mir erscheint hingegen, dass diese Übernahme die Annäherung von etablierten Parteien und populistischen Herausforderern eine *Neutralisierung der Gefahren für die Demokratie* darstellt. In dieser Weise sind in Deutschland bereits die Republikaner neutralisiert worden. Nicht immer führt eine solche Annäherung zum Zerfall populistischer Gruppen wie in Deutschland und einst in Frankreich in der vierten Republik. Gleichwohl ist durch die Einwanderungskrise ein Novum entstanden. Fremdenfeindlichkeit und Elitenkritik strahlen auf die etablierten Parteien aus.

Neue soziale Bewegungen standen im Zeichen der »*Generation Social Media*«, etwa in der Piratenpartei. Sie setzte

auf totale Transparenz und drohte dabei das Recht des Individuums auf Schutz des privaten geistigen Eigentums und das Recht auf Schutz der Privatsphäre mit Füßen zu treten (Hank 2012: 13). Aber die populistischen Bewegungen können nicht total als »anti-modern« verketzert werden, da sie starke Elemente moderner Politikkonzeptionen propagieren. »*Deliberative Demokratie*« ist eine normative Hoffnung, aber Post-Demokratie ist dieser Hoffnung nicht näher gekommen. Eine Grundsatzkritik des Systems gibt es in den Globalisierungstheorien kaum noch. Einstige Linke wie Hardt und Negri (2002) mit ihrem Begriff »*Empire*« hofften nicht einmal mehr auf Systemänderungen. Foucaults Haltung gewann an Boden: jede Machtstruktur enthält ihre Gegenmacht. Der Populismus wird von geschickten Führern bereits als ein solches Element der »Gegenmacht« angeboten. Anthony Giddens (1994: 112) hatte mit seiner »*dialogischen Demokratie*« eine positive Fortentwicklung der repräsentativen Demokratie intendiert. Nicht neue Rechte und Repräsentationsmöglichkeiten wie im alten System waren gefragt, sondern Förderung des kulturellen Kosmopolitismus, der entscheidend werden kann für die »*Rekonstruktion von sozialer Solidarität*«. De facto hat sich eher das Gegenteil dieses normativen Konzepts ereignet: Identitätspolitik ging vielfach in Richtung Segregation (v. Beyme 2007: 91 ff.).

Schon Colin Crouch (2005, 2008: 119 ff.) sah schwarz für die Möglichkeit, den Populismus in die Richtung universalistischer theoretischer Konzepte zu entwickeln. *Identitätspolitik* ist das Schlagwort der Postdemokratie – aber: »Nor will populism be contested by trying to move beyond identity politics to a Third Way political appeal which tries to evade every idea of identity«. Politische Parteien, welche die Massen zu repräsentierten vorgeben, tun dies in der Regel durch Definitionen über die »*Identität des Volkes*«. Je mehr diese Identitäten künstlich »rekonstruiert« werden, umso häufiger werden al-

ternative Identitäten vernachlässigt. Es kam daher schon vor der »Postdemokratie« zu Gegensätzen zwischen »Kulturfundamentalisten«, die auf die »*nation une et indivisible*« auch kulturell pochen und den »Multikulturalisten«. Beide machen den gleichen Fehler, kollektive Identitäten zu verabsolutieren (Möllers 2009: 51) – nur siedeln sie diese Identität jeweils auf einer anderen Ebene an.

Rechtspopulismus

Ein Element der Neodemokratie?

von Beyme, K.

2018, VI, 151 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-19766-7